

18. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP zum Antrag der AfD-Fraktion – Drs. 18/0067 –

Senkung der Grunderwerbssteuer für selbst genutztes Wohneigentum

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen: Der Antrag Drs. 18/0067 wird wie folgt geändert:

Privates Wohneigentum fördern – unnötige Steuerbelastungen abbauen

Der Senat wird aufgefordert den Steuersatz für die Grunderwerbsteuer auf 3,5% zu senken.

Des Weiteren wird der Senat aufgefordert eine Bundesratsinitiative zu starten, um das Grunderwerbsteuergesetz (GrEStG) dahingehend zu ändern, dass ein Freibetrag von 500.000 € eingeführt wird. Der Freibetrag wird bei der Berechnung der Grunderwerbsteuer gewährt, wenn folgende Kriterien erfüllt sind.

- Es handelt sich beim Käufer um eine natürliche Person.
- Der Kauf erfolgt mit dem Ziel die Immobilie selbst zu nutzen.
- Es handelt sich um die erste Immobilie, die der Käufer erwirbt.

Der Steuerfreibetrag ist ohne weitere Auflagen zu gewähren und mit möglichst geringen Kontroll- und Verwaltungsaufwand umzusetzen.

Begründung:

Privates Wohneigentum entlastet den Mietmarkt und sichert langfristig stabile Wohnkosten für die Immobilienbesitzer. Die Grunderwerbsteuer ist wieder auf 3,5% zu senken, um den Wohneigentumserwerb nicht unnötig zu belasten. Um möglichst vielen Menschen die Chance zu geben sich den Wunsch nach Wohneigentum zu erfüllen, ist ein Freibetrag von 500.000 € auf die erste Immobilie zu gewähren. Dieser Freibetrag ist möglichst unbürokratisch und mit so wenig Auflagen wie möglich zu gewähren.

Berlin als ausgeprägte Mieterstadt erfordert mehr bezahlbaren Wohnraum. Die starke Verknappung von Wohnungsangeboten ist das Resultat einer seit Jahrzehnten verfehlten Wohnungspolitik in Berlin. Marktmechanismen von Angebot und Nachfrage gelten auch für Wohnraum. Wichtigstes Ziel in einer wachsenden Stadt ist es daher, das Schaffen eines ausreichenden Wohnungsangebotes zu ermöglichen.

Um ein Wohnungsangebot zu ermöglichen, das dem gewünschten Wachstum der Region und dem kontinuierlichen Zustrom an Neuberlinern angemessen ist, ist ein vielfältiges Nebeneinander unterschiedlicher Konzepte und Lösungsansätze im Berliner Wohnungsmarkt erforderlich. Nur durch private Investitionen kann schnell eine spürbare Entlastung des Wohnungsmarkts erreicht werden. Diese dürfen deshalb nicht ausgebremst werden. Dabei gilt es insbesondere kleinteilige Besitzverhältnisse zu fördern indem unnötige Belastungen abgebaut werden.

Berlin, den 12.01.2017

Sebastian Czaja, Sybille Meister
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin